

Generalversammlung der Zürcher Handelskammer
Donnerstag, 5. Juli 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Mehr Freiheit und Wettbewerb wagen

NR Gerold Bühler, Präsident economisesuisse

1 Einleitung

Die bipolare Ost-West-Achse – hier Freiheit, da Unterdrückung – ist glücklicherweise ohne Krieg aufgelöst worden. Mahner, wie einer der wohl einflussreichsten Diplomaten des 20. Jahrhunderts, George F. Kennan, sollten Recht bekommen mit ihrem Zweifel an der Überlebensfähigkeit dieses totalitären Systems. Oder – mit Konrad Adenauers Worten gesprochen – die Träume Weniger sind glücklicherweise, wenn auch nach einer langen Durststrecke, zur Hoffnung Vieler geworden. Wir alle haben uns nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 grosse Hoffnungen auf eine Renaissance von Freiheit und Marktwirtschaft gemacht. Denn die Überlegenheit des freiheitlichen Systems war derart eindrücklich, dass sich die Pfeiler der marktwirtschaftlichen Ordnung nur noch verstärken konnten.

Der Siegeszug abendländischer Werte sollte sich auch und gerade in der wirtschaftlichen Ordnungspolitik positiv bemerkbar machen. Ludwig Erhard, der grosse politische Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, hat in der Zeit des deutschen Aufschwungs zu Recht darauf hingewiesen, dass „die Institutionen helfen müssen, Freiheit zu entwickeln.“

Zweifellos wäre es eine Verengung des Blickwinkels, auch die für Westeuropa positiven Errungenschaften zugunsten des Wettbewerbs bestreiten zu wollen. Der Telekommunikationssektor und die sukzessive Einführung der Personenfreizügigkeit sind punkto Wettbewerb exzellente Beispiele. Doch Hand aufs Herz: Sind die marktwirtschaftlichen Freiheitsgrade seither wesentlich erweitert worden? Sind die Wahlmöglichkeiten der Menschen, von der gewachsenen Ferienmobilität einmal abgesehen, wirklich erheblich grösser geworden? Oder ist die Offenheit für Neues etwa gestiegen; so etwa im Bereich der modernen Technologien?

Oder ist es nicht vielmehr so, wie der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog einst bemerkte, dass es „heute kaum mehr eine Neuerung gibt, bei der nicht zunächst nach den Risiken und Gefahren, keineswegs aber nach den Chancen gefragt wird?“ Mit anderen Worten: ist die vom grossen liberalen Ökonomen Josef Schumpeter in seiner *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* angemahnte

Bereitschaft zur Zerstörung alter Strukturen zugunsten der marktwirtschaftlichen Dynamik in unserer Gesellschaft stärker verinnerlicht worden?

Ein Urteil über die Realität in Westeuropa und in der Schweiz fällt gemessen an unseren grossen Chancen verhalten aus. Nicht nur in Deutschland, wo die Zustimmung zur Marktwirtschaft in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen hat, von 76 Prozent im Jahr 2001 auf 51 Prozent 2005. Nein auch bei uns in der Schweiz haben bislang substanzielle Reformen für mehr Wettbewerb einen schweren Stand gehabt. Im Gegensatz zur grossen Flexibilität und Liberalität auf dem Arbeitsmarkt – ein Umstand, der sich bisher in Form hoher Beschäftigung ausbezahlt hat – sind wir auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten in Rückstand geraten. In der Telekommunikation setzte sich die Liberalisierung erst mit Verspätung durch, beim Strommarkt braucht es einen zweiten Anlauf und im Postmarkt beispielsweise hinken wir selbst gegenüber sozialdemokratisch regierten Ländern hinterher.

Ja, der Appell Ludwig Erhards, die Freiheit weiter zu entwickeln, hat in der jüngeren Vergangenheit kaum die von ihm seinerzeit erhoffte Akzeptanz gefunden. Auch nicht in der Schweiz. Obwohl, auch das dürfen wir mit Genugtuung anmerken, die Situation in vielen Bereichen weit besser ist als im umliegenden Ausland. Wandel und Globalisierung werden aber auch hierzulande vielerorts als Bedrohung und Gegensatz zu traditionellen Werten gedeutet. Das Tempo der Veränderungen hat Abwehrreflexe gestärkt und die Flucht in ideologisch gefärbte Vereinfachungen gefördert. Obwohl die Schweiz ökonomisch zu den Globalisierungsgewinnern gehört, spiegelt die allgemeine Stimmung dies kaum wider. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auf die Frage, wer wo auf der Gewinnerseite steht, eher pessimistisch gefärbte Antworten folgen. Aus etatistischer, kollektivistischer Sicht scheint beispielsweise klar, dass zwar die Wirtschaft von diesen Entwicklungen profitiert, nicht aber die Menschen. Die Kluft zwischen der emotionalen Wahrnehmung und dem wirtschaftlichen Datenkranz könnte nicht grösser sein.

Ängste und Verunsicherung sind kein Nährboden für Freiheit. Im Gegenteil: das Hochstilisieren von Negativem und vermeintlichen Gegensätzen dient bewusst der Beschneidung von Freiheit. Jeanne Hersch, die Grande Dame der Philosophie, hat diesen dialektischen Negativismus frühzeitig auf den Punkt gebracht, als sie in den achtziger Jahren schrieb „Unter den Meinungsmachern herrscht weitgehende Übereinstimmung, dass es unserer Gesellschaft schlecht geht.“ Der völligen Verzeichnung unserer wirklichen Lebensverhältnisse, so folgerte sie, müssen wir entgegenzutreten. „Wir müssen die Freiheit auf der Ebene des Denkens, der Philosophie, der ausgewogenen Bewertung unserer Lebensweise, auf der Ebene unseres Wortschatzes verteidigen.“

2 Wider den Geist des perfektionistischen Bürokratismus

Auch die Marktwirtschaft braucht klare Regeln. Daran besteht kein Zweifel. Die Art und Weise der Regulierung ist jedoch allein schon wegen den Kostenfolgen zu einem Standortfaktor geworden. Das wird mit Blick auf den internationalen Wettbewerb auch zunehmend erkannt. Es ist leider eine gewisse Tendenz zu beobachten, Problemen, die auch in ethischen Defiziten begründet sind, mit einer Anhäufung von detaillierter Regulierung Herr werden zu wollen. So hat beispielsweise der neue englische Premier, Gordon Brown, noch als Finanzminister in der Financial Times davor gewarnt, die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes London durch eine Überhäufung Kosten treibender Regulierung zu beeinträchtigen.

Diese nützliche Betrachtungsweise ist noch nicht von der Themse bis an die Aare gelangt. Im Gegenteil, anders als die politischen Beteuerungen dies wahrhaben wollen, treibt die Regulierung auf Bundes- und kantonaler Ebene weiterhin Blüten. Allein auf Bundesebene ist der Umfang von Gesetzen und Verordnungen seit 1990 von 38'500 Seiten auf heute 55'000 Seiten gestiegen. Der administrative

Aufwand, den beispielsweise KMU pro Jahr zu bewältigen haben, ist in den letzten 20 Jahren von 360 Stunden auf 650 Stunden gestiegen.

Die Politik hat dem emsigen Treiben der von Perfektionismus getriebenen Bürokraten bislang wenig entgegengesetzt. Die kommunale Ebene wird mehr und mehr von einem Dickicht an Vorschriften überzogen. In einer Stadt Ihres Kantons beispielsweise wird nicht nur, was mich persönlich zwar sehr erfreut, gegen Plastikstühle vorgegangen. Vielmehr sollen Topfpflanzen als Einzelobjekte gelten, sodass der Abstand zwischen zwei Objekten mindestens 0,5 Meter betragen muss. Mehr noch: Die Töpfe sollen, so ist das in einer Weisung vorgesehen, mobil und aus Ton oder Metall und was die Farbe betrifft, in dunklem Ton gehalten sein. Und mehr noch: Die Gastwirte müssen sich beispielsweise auch Vorschriften bezüglich der Menutafeln gefallen lassen. All dies in einer scheinbar regulierungsfreudigen Stadt, zusammengefasst auf sage und schreibe 23 Seiten.

Aber auch auf Bundesebene entfalten die realitätsfremden Perfektionisten weiterhin ihre Wirkung. Bei der Mehrwertsteuer mit ihren unterschiedlichen Sätzen und Ausnahmeregelungen kann zum Beispiel die Gegenwart eines Stuhls sehr viel bewirken: Steht bei einem Kaffeeautomaten kein Stuhl, kommt der reduzierte Mehrwertsteuersatz zum Tragen. Steht auch ein unkomfortabler Vierbeiner in der Nähe, gelangt der normale Restaurationssatz zur Anwendung. Der Perfektionismus schlägt aber auch – wie wir wissen – bei den Bewilligungsverfahren zu. Im Durchschnitt bedarf es in der Schweiz für die Bewilligung einer simplen Lagerhallenbaute bis zu 152 Tagen (Erhebung einer Weltbankstudie). Da gibt es andere Länder, selbst in Europa, die schaffen das in weniger als der Hälfte der Zeit. Und man könnte nicht einmal behaupten, dass dort die Lagerhallen in irgendeiner Form schlechter daherkommen. Und auch entgegen aller Beteuerungen zur Förderung des Jungunternehmertums kann sich die Schweiz hier nicht rühmen. Sie belegt auf internationalen Ranglisten schon eher mittlere bis hintere Plätze.

3 Abschottung gegen die Globalisierung – ein Irrweg

„Wir dürfen uns nicht hinter nationalen Schutzmassnahmen verkriechen, sondern müssen uns den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs stellen.“ *Alan Greenspan*

Wettbewerb und offene Märkte haben sich in der Tat gelohnt. Internationale Untersuchungen renommierter Institute machen deutlich, dass eine Politik der Abschottung letztlich einen hohen Preis hat. Es gibt schlichtweg keine Alternative zu freien Güter-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmärkten. Allein schon der Umstand, dass sich die Globalisierung als Folge der Mobilität, von Rückschlägen abgesehen, weiterentwickeln wird, erfordert ein marktwirtschaftliches System. Nur dieses nimmt die Anpassungsdynamik rasch auf. Wenn vor allem in Kontinentaleuropa die Dynamik zu wünschen übrig lässt, dann ist es nicht wegen zu viel, sondern wegen zu wenig Wettbewerb. Und wenn der neue französische Präsident Sarkozy am jüngsten EU-Gipfel vor dem Dogma Wettbewerb gewarnt hat, weil es scheinbar Europa wenig gebracht habe, so ist dies ein Zeichen, das aufhorchen lässt.

In der Tat hat sich Europa und so auch die Schweiz der wirtschaftspolitischen Schlüsselfrage zu stellen. Zwei Optionen stehen zur Wahl: Entweder engagieren wir uns auf dem Boden der Marktwirtschaft für eine Stärkung des Wettbewerbs. Die Regulierung wird dabei so konzipiert, dass sie auf allen Märkten eine hohe Flexibilität zulässt und die Kosten für Anpassungen tief hält. Oder aber man sucht Zuflucht zu Interventionen des Staates, insbesondere bezüglich nachfragestimulierender Programme. Marktöffnungen würden in dieser Option nur unter starker Rücksichtnahme auf binnenwirtschaftliche Interessen vorgenommen.

Weil auch in der nahen Zukunft der Standortwettbewerb intensiv sein wird, die Mobilität hoch, die Verfügbarkeit an anspruchsvollen Technologien immer globaler sein wird und schliesslich die Bedeutung des Faktors Kapital zunehmen dürfte, ist die Devisen schneller und besser umso wichtiger. Nur die Marktwirtschaft wird daher imstande sein, die bestmögliche Allokation der Mittel zur gesamtwirtschaftlichen Wertsteigerung gewährleisten können.

Der Streit um den optimalen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs wird gerade auch in unserem Land anhalten. Wirtschaftsfreiheit hat sich weltweit zugunsten von Wachstum und Beschäftigung sowie zur Sicherung der Wohlfahrt für die Menschen ausgewirkt. Die Freiheit des Wirtschaftens hat das Fundament gerade auch für den sozialen und ökologischen Ausgleich gestärkt. Es liegt von daher auf der Hand, dass nur Wettbewerb und nicht ein wortgewaltiger Aktionismus in der Lage sein wird, die notwendige Dynamik auch zukünftig zu gewährleisten.

4 Mehr Wettbewerb – Beitrag zur res publica

„Ökonomische Erneuerung und soziale Gerechtigkeit schliessen sich nicht aus. An die Angst zu appellieren schafft keine Arbeitsplätze.“ *Tony Blair*

Dieser Satz, den Blair im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das angelsächsische Modell innerhalb der EU gemacht hat, hat seine Gültigkeit in keiner Weise verloren. Anstatt sich primär mit den negativen Seiten der strukturellen Anpassungen herumzuschlagen, sollten wir uns viel mehr auf die Chancen der auf Offenheit und Flexibilität ausgerichteten marktwirtschaftlichen Ordnung konzentrieren. Die Kräfte, die sich in Wirtschaft oder Politik diesen Anpassungen stellen und strukturelle Veränderungen zulassen, sind sozial nicht unsensibel. Fragen stellen müssen sich vielmehr jene Kräfte, die der kurzfristigen Popularität wegen an Altem festhalten, das verändert werden muss. Die Schweiz hat ganz klar die Chance, in Sachen Wettbewerb wieder einen vorderen Platz in Europa einzunehmen. Dabei stehen meines Erachtens insbesondere folgende sechs Bereiche im Vordergrund:

— **Stärkung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt**

Auch nach der Revision des Kartell- und Binnenmarktgesetzes besteht hier weiterer Handlungsbedarf. Das zur Diskussion stehende Cassis-de-Dijon-Prinzip könnte sich durchaus zu einem eigentlichen Katalysator entwickeln. Es wird aber unabdingbar sein, dass die Ausnahmen klar beschränkt bleiben. Im Weiteren sind Preisbindungen abzubauen. Die Öffnung des Strommarktes mit der damit verbundenen Restrukturierung im Elektrizitätsmarkt darf nicht mit neuen Barrieren behindert werden.

— **Aussenwirtschaftliche Öffnung**

Der bilaterale Weg mit der EU und die Ausweitung der Handelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern sind zentrale Bausteine zugunsten eines diskriminierungsfreien Zugangs für den grenzüberschreitenden Handel und die Direktinvestitionen. Der bilaterale Weg bleibt meines Erachtens unter Berücksichtigung unserer Besonderheiten auch der strategische Weg in Zukunft. Angesichts der verstopften WTO-Pipeline kommt den Freihandelsabkommen mit den dynamischen aussereuropäischen Ländern ein erheblicher Stellenwert zu. Hier darf es nicht länger sein, dass aus Rücksichtnahme auf binnenorientierte Interessengruppen Verhandlungen zu früh abgebrochen oder Dossiers nicht weiterverfolgt werden.

— **Steuerwettbewerb statt zentralistische Einheitskost**

Der interkantonale Steuerwettbewerb hat mitgeholfen, die Attraktivität unseres Landes insgesamt zu stärken. Ein ausreichender Handlungsspielraum für die Kantone wird auch in Zukunft die Innovation fördern und somit den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken. Dank seiner disziplinierenden Wirkung auf die Ausgaben und die grössere Bürgernähe sind sämtliche Versuche, diesen Wettbewerb zu

beschneiden, entschlossen zu bekämpfen. Von ruinösem Wettbewerb bei den Steuern kann keine Rede sein. Ruinös ist höchstens die Politik jener Länder, die mangels Wettbewerb die Steuerspirale nach oben laufen liess. Der Steuerstreit mit Brüssel muss daher auch aus dieser grundsätzlichen Sicht angegangen werden. Ein Nachgeben in der Sache würde zwei tragende Elemente schwächen. Erstens: das Prinzip des Steuerwettbewerbs im Rahmen unserer nationalen Souveränität und zweitens: das bilaterale Konzept im Verhältnis zur Europäischen Union.

— **Bildung und Forschung – mehr Mittel und mehr Wettbewerb**

Mehr Mittel und mehr Koordination sind unabdingbar für den Wissensstandort Schweiz. Mit der Annahme des Bildungsartikels in der Bundesverfassung werden dafür die Voraussetzungen verbessert. Mehr Wettbewerb und die dafür notwendigen Vergleichsmassstäbe zwischen den Bildungsträgern sind ebenfalls essenziell. Denn auch im Bereich von Bildung und Forschung darf Wettbewerb kein Fremdwort bleiben. Den international in der obersten Liga vertretenen Hochschulen, wie der ETH, gilt es besondere Beachtung zu schenken. Die ETH, welche europaweit einen Podestplatz belegt und auch weltweit in den technischen Wissenschaften unter den ersten 15 rangiert, ist von hoher Bedeutung für den Wissensplatz Schweiz. Anstelle des leidigen Hin und Her sind daher die manifest gewordenen Probleme strategisch anzugehen.

– **Ja zu freien Kapitalmärkten – nein zum Missbrauch**

Freie Kapitalmärkte sind ein Lebensnerv jeder dynamischen und konkurrenzfähigen Volkswirtschaft. Zusammenschlüsse beziehungsweise Eigentümerwechsel lediglich aus nationaler Sicht abzulehnen, würde sich zu einem Bumerang entwickeln. Die Kapitalmärkte müssen die optimale Allokation der finanziellen Ressourcen wahrnehmen können. Wettbewerb, das belegen weltweite Vergleiche eindrücklich, ist auch hier unverzichtbar. Selbstverständlich müssen aber gerade in diesem sensiblen Bereich die Spielregeln im Interesse der Transparenz und des Schutzes der Aktionäre eingehalten werden. Dies wird mit Blick auf die aktuellen Fälle nur gelingen, wenn neben der Verschärfung von Gesetz und Verordnung auch der Vollzug überzeugend gehandhabt wird. Daneben dürfen auch die Finanzinstitute geschäftsethische Grundregeln nicht einfach ausblenden.

— **Abbau der Regulierungsdichte – mehr Flexibilität**

Auch die Marktwirtschaft braucht Regulierung. Die Art und Weise der Regulierung wird jedoch zunehmend auch zu einem Faktor der Standortqualität. Von einseitigem Perfektionismus getrieben ist in manchen Bereichen eine eigentliche Regulierungswelle losgetreten worden. Die kostenseitige Konkurrenzfähigkeit und die nötige Flexibilität haben darunter gelitten. Ganz zu schweigen von den auch im internationalen Vergleich überdimensionierten Bewilligungsverfahren. Auch in Sachen Ökologie und insbesondere beim Klimaschutz, dem wir uns auch unternehmerisch stellen wollen, sind marktwirtschaftliche Instrumente bürokratischer Regulierung überlegen.

5 Freiheit und Wettbewerb – politische Akzeptanz notwendig

„Wir dürfen die weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die persönliche Freiheit nicht als Gegensätze deuten.“ *Ralph Dahrendorf*

Die Rezepte zugunsten von mehr Wettbewerb und zu einer nachhaltigen Steigerung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung sind seit längerem belegt. Die besten Rezepte allein genügen jedoch nicht. Die zentralen Reformen bedürfen auch einer Mehrheit an der Urne. Die Menschen sind jedoch nur zu gewinnen, wenn Glaubwürdigkeit und Vertrauen intakt sind.

Das Unternehmertum muss sich diesen Diskussionen über die anstehenden marktwirtschaftlichen Reformen stellen. Die Verantwortung hört eben nicht an der Bürotüre auf. Auch die Globalisierung

schliesst lokale Verwurzelung keineswegs aus. Unternehmerpersönlichkeiten wollen von der Öffentlichkeit ganzheitlich wahrgenommen werden. Über die rein unternehmerische Aufgabe hinaus bleiben daher bewährte Tugenden unabdingbar. Die Wahrung von Freiheit und Verantwortung ist an dieser zentralen Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik unerlässlich. Gerade in einem von Verunsicherung, Angst und Misstrauen geprägten Klima braucht es Bodenhaftung und Vorbildfunktion. Die Menschen müssen spüren, dass die Verantwortungsträger in der Wirtschaft auch die über das Unternehmen hinausgehenden Dimensionen berücksichtigen. Das Verständnis dafür, dass Gewinnerzielung als Kern unternehmerischen Handelns für die Investitionen und Arbeitsplätze von morgen notwendig ist, kann nur so wachsen.

Die Transmissionsriemen zwischen erfolgreichem Unternehmertum und den Früchten, die Staat und Gesellschaft ernten, müssen in diesem Zusammenhang wieder besser verankert werden. Es sollte beispielsweise transparent werden, dass weniger als zwei Prozent der Unternehmen für über neunzig Prozent der Bundessteuern aufkommen. Oder aber, dass zehn Prozent der Steuerpflichtigen rund siebenzig Prozent der Einkommenssteuer erbringen.

Der bewährte helvetische Dialog, insbesondere die Sozialpartnerschaft und das Milizsystem, bleiben dabei meines Erachtens auch zukünftig eine unerlässliche Voraussetzung für eine hohe Akzeptanz zugunsten der Marktwirtschaft. Der Stellenwert des Wettbewerbs darf aber nicht kurzfristiger Kompromisse wegen beliebig aufgeweicht werden. Es muss uns gelingen, aufzuzeigen, dass Wettbewerb, Eigentum sowie verantwortungsvolles Handeln tragende Werte bleiben müssen, auf denen sich eine offene und erfolgreiche Schweiz weiter entwickeln lässt.